

Die 'Global Financing Facility' – Kerninstrument einer feministischen Entwicklungspolitik

Berlin, 13.04.2022

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Schulze,

seit Ihrem Amtsantritt haben Sie eine feministische Entwicklungszusammenarbeit als politisches Ziel Ihrer Arbeit erklärt. Damit führen Sie nicht nur Deutschlands langjähriges Engagement für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte fort, sondern schlagen eine ganzheitliche Sicht auf die Gleichstellung der Geschlechter in Deutschlands Entwicklungszusammenarbeit vor. Als zivilgesellschaftliche Organisationen begrüßen wir das ausdrücklich.

Durch die COVID-19-Pandemie sind aktuell viele Fortschritte, die für Frauen und Mädchen weltweit in den vergangenen Jahren erreicht wurden, bedroht. Lockdowns und die dadurch ausgelöste wirtschaftliche Krise haben dazu geführt, dass viele Frauen im globalen Süden ihre Beschäftigungen aufgeben mussten und der Zugang zu Bildung für Mädchen stark eingeschränkt wurde. Gleichzeitig wurde eine Zunahme von Zwangsverheiratungen und geschlechtsspezifischer Gewalt in vielen Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen während der Pandemie beobachtet.

[Studien](#) der Weltbank gehen davon aus, dass die gesundheitliche Versorgung von Frauen und Kindern während der vergangenen zwei Jahre um bis zu 25 % zurückgegangen ist. Das bedeutet weniger Geburtsvorsorgeuntersuchungen, reduzierte Angebote für Familienplanung und sexuelle Aufklärung sowie ausbleibende Kinderimpfungen. So kommen auf jeden offiziell gemeldeten COVID-19-Todesfall zusätzlich zwei Frauen und Kinder, die aufgrund des schlechteren Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen verstorben sind. Fest steht: Eine gute Gesundheitsversorgung für Frauen und Kinder ist damit wichtiger denn je.

Die "Global Financing Facility for Women, Children and Adolescents (GFF)" arbeitet als Partnerschaft bei der Weltbank seit 2015 an der Finanzierung der Gesundheitsversorgung von Frauen, Kindern und Jugendlichen in 36 Partnerländern. Damit schafft sie die Grundlage für ein gesundes und selbstbestimmtes Leben. In den vergangenen Jahren hat sie dabei beachtliche Erfolge erzielt. 70 Millionen Frauen erhielten eine sichere Begleitung bei Schwangerschaft und Geburt, was für die geborenen Kinder auch einen frühen Stillbeginn bedeutete. So konnte das Sterberisiko von Müttern und Neugeborenen nachhaltig minimiert werden. Zusätzlich erhielten seit 2015 165 Millionen Paare Zugang zu modernen Verhütungsmitteln. 90 Millionen unbeabsichtigte Schwangerschaften konnten dadurch verhindert werden. Auch während der COVID-19-Pandemie leistete die GFF einen zentralen Beitrag dazu, die essenziellen Gesundheitsdienstleistungen für Frauen, Kinder und Jugendliche aufrechtzuerhalten.

Um die Folgen der Pandemie aufzufangen, plant die GFF insgesamt 1,2 Milliarden US-Dollar für die Jahre 2022 und 2023 zu mobilisieren. Deutschland war bislang eines der wichtigsten Unterstützerländer der GFF und ist aktuell Teil der Investorengruppe mit einem Beitrag von insgesamt 50 Millionen Euro aus den beiden letzten Haushalten. Basierend auf dem bisherigen Engagement, der internationalen Verantwortung Deutschlands und dem durch die Pandemie gestiegenen Bedarf, wurde im Rahmen der Mobilisierungskampagne für die weitere Finanzierung der GFF eine zusätzliche Unterstützung von insgesamt 100 Millionen Euro bei der Bundesregierung angefragt. Diese Anfrage unterstützen wir als zivilgesellschaftliche Organisationen ausdrücklich.

Deutschlands Investition in die GFF ist ein konkreter Beitrag zu einer feministischen Entwicklungspolitik. Umso weniger nachvollziehbar ist es, dass die Bundesregierung in ihrem aktuellen Haushaltsentwurf für 2022 plant, die Unterstützung der GFF einzustellen. Damit würde Deutschland seine Beteiligung am einzigen internationalen Finanzierungsmechanismus für die umfassende Gesundheit von Frauen, Kindern und Jugendlichen aufgeben. Als aktuelle Inhaberin der G7-Präsidentschaft würde die Bundesregierung damit ein fatales Signal an andere Geberländer senden.

Während des Abschlussevents der Mobilisierungskampagne der GFF am 22. April hat die Bundesregierung die Möglichkeit, auf internationaler Ebene ein starkes Signal zur Umsetzung und Konkretisierung ihrer feministischen Entwicklungszusammenarbeit zu geben.

Wir möchten Sie deshalb nachdrücklich dazu auffordern, Deutschlands fairen Anteil von 100 Millionen Euro für die Jahre 2022-2023 der GFF bereitzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Hübers
Leiter Entwicklungspolitik
Deutsche Stiftung
Weltbevölkerung

Friederike Meister
Deutschlanddirektorin
Global Citizen

Stephan Exo-Kreischer
Direktor und Geschäftsführer
ONE Deutschland

Florian Westphal
Vorstandsvorsitzender
Save the Children Deutschland e.V.

Gudrun Schattschneider
Leiterin Politik
World Vision Deutschland e.V.